

P

Peter Merseburger

Kurt Schumacher

Patriot, Volkstribun, Sozialdemokrat
Biographie

Pantheon

Der vorliegende Band ist eine aktualisierte Neuausgabe von:
Peter Merseburger, »Der schwierige Deutsche: Kurt Schumacher«,
erschienen 1995 bei der Deutschen Verlags-Anstalt.

Der Verlag weist ausdrücklich darauf hin, dass im Text
enthaltene externe Links vom Verlag nur bis zum Zeitpunkt
der Buchveröffentlichung eingesehen werden konnten.
Auf spätere Veränderungen hat der Verlag keinerlei Einfluss.
Eine Haftung des Verlags ist daher ausgeschlossen.



Penguin Random House Verlagsgruppe FSC® N001967

3. Auflage

Copyright © dieser Ausgabe 2010 by Pantheon Verlag
in der Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH,
Neumarkter Straße 28, 81673 München
Copyright © 1995 by Deutsche Verlags-Anstalt, München
Umschlaggestaltung: Jorge Schmidt, München
Umschlagabbildung: © dpa
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck
Printed in Germany
ISBN 978-3-570-55139-4

www.pantheon-verlag.de

Inhalt

Vorwort	7
Vorwort zur Neuauflage	11
Zwischen Kloster und Kaserne: Jugend im westpreußischen Grenzland 1895–1914	23
Lassalle statt Marx: Der Student bekennt sich zum demokratischen Staat 1915–1920	56
Mit Temperament und Kampfeslust: Aufstieg im liberalen Musterlände 1920–1928	83
Der schwarzrotgoldene Republikaner: Rebellion gegen das Parteiestablishment 1928–1932	114
»Mobilisierung der menschlichen Dummheit«: Der Marsch in die Diktatur 1932/33	141
»Zerbrechen und vernichten«: Leidensweg im Dritten Reich 1933–1945	178
»Wir verzweifeln nicht«: Der Neubeginn in Hannover 1945	207
Um die Freiheit des Erkennens: Absage an Grotewohl und die Zwangsvereinigung 1945/46	252

Der große Gegenspieler: Konrad Adenauer – Repräsentant einer untergehenden Welt?	330
Visionär voll Kraft und Leidenschaft: Die »wahrscheinlich bedeutendste Figur« im Trümmerland	369
Gerechte Verteilung der Lasten wie des Mangels: Keine Chance gegen die Marktwirtschaft	395
Triumph und jäher Fall: Kampf um das Grundgesetz und die Macht am Rhein	423
Ringens um Europa und Wehrbeitrag: Das Duell der Erzfeinde	464
Auf den Bänken der Opposition: Verantwortung und kein Erfolg	499
Kampf um die Einheit: Der schwierige Deutsche	517
Dank	543
Bibliographie	544
Bildquellen	551
Namenregister	553

Vorwort

Aus der frühen Nachkriegsgeschichte ist Kurt Schumacher nicht wegzudenken. Ohne seine Absage an den Kommunismus und die Einheitspartei hätte Nachkriegsdeutschland anders ausgesehen, ohne seinen Kampf um das Grundgesetz Adenauer nicht so regieren können, wie er es dann tat. In der Reihe sozialdemokratischer Parteiführer steht er neben Ferdinand Lassalle und August Bebel, die wiederbegründete Sozialdemokratie war »seine« Partei, wie die Vorkriegs-SPD die von Bebel gewesen ist.

Er war, was wir in der Politik heute oft schmerzlich vermissen: ein Unbestechlicher, ein großer Moralist, ein Mann von Prinzipien, ein geschworener Feind aller Totalitären. Die Weimarer Republik hat er bis zum bitteren Ende leidenschaftlich gegen ihre Feinde von rechts und links verteidigt. Aus den Konzentrationslagern der Nazis kommend, zählte er 1945 zu den ganz Wenigen, die über eine absolut glaubwürdige demokratische Biographie verfügten. Gerade dies ließ den Deutschen mit dem aufrechten Gang zum Schwierigen werden. Der Hitler-Gegner fühlte sich nicht als Besiegter, sondern Befreiter. Nicht Unterwürfigkeit wollte er, sondern Selbstreinigung; Demokratie hatte das Ergebnis von Selbstläuterung zu sein, nicht das eines alliierten Befehls. Ausgemergelt, abgezehrt, mit nur einem Arm und doch voll feuriger Leidenschaft – so prägt sich seine Gestalt als Symbol des geschundenen Deutschland und deutschen Selbstbehauptungswillens ein. Die Sieger mahnt er an die humanen Kriegsziele, die sie im Kampf gegen Hitler beschworen hatten, und wird damit zum unbequemen Kritiker ihrer Besatzungspolitik.

Wäre er der ideale Mann der Stunde Null gewesen, hätte es sie wirklich je gegeben? Wenn Markus Wolf, einer der Redner der großen Kundgebung auf dem Alexanderplatz am 4. November 1989, davon träumte, endlich die Begriffe Demokratie und Sozialismus miteinan-

der zu versöhnen, hätte er dies früher haben können: 1945, als Schumacher einen konsequenten antikapitalistischen, aber demokratischen Neubau Deutschlands wollte. Für ihn waren Sozialismus und Freiheit untrennbar miteinander verbunden, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß er in den allerersten Nachkriegsjahren in ganz Deutschland eine Mehrheit für sein Konzept gefunden hätte. Sozialismus als konkrete Wirtschaftsform ist obsolet geworden; was von ihm bleibt, sagt André Gorz, ist ein Sinnhorizont, der für lebensweltliche Bedürfnisse, für demokratisch gestaltete Entwicklung und Kampf gegen antihumane Macht steht. Am Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts verpaßten Chancen nachzuweinen, wirkt aus dem Mund von gewendeten Altkommunisten heuchlerisch. Wer die Versöhnung von Sozialismus und Demokratie anstrebte, von der sie plötzlich träumen, wurde von ihnen und den Mächtigen, denen sie aus Überzeugung dienten, vertrieben, eingesperrt oder stumm gemacht.

Den Begriff der Nation wirft er 1945 nicht auf den Kehrichthaufen der Geschichte, doch versteht er ihn nicht ethnisch und reaktionär, er sieht vor allem das Staatsvolk darin. Nach seinem Verständnis ergänzen Demokratie und nationale Selbstbestimmung einander. Nur in einem freien Staat kann der Bürger wirklich frei sein. Deshalb sind auch die Begriffe »national« und »international« für ihn kein Widerspruch: Internationalität beruht auf der Bejahung der Nation, die ihrerseits die Aufgabe hat, das Volk zur internationalen Zusammenarbeit fähig und geeignet zu machen. Ist er ein sozialdemokratischer de Gaulle? Es gibt keine Äußerung von ihm, nach der Europa nicht als föderalistisch verfaßter Bundesstaat, sondern ausschließlich als Bund der Staaten und Nationen denkbar sei, wie de Gaulle dies anstrebt. Aber das Vaterland Europa, zu dem Schumacher sich ausdrücklich bekennt, die Vereinigten Staaten von Europa, die er als Zukunft beschwört, eine wahre Gemeinschaft der Völker – sie sind für ihn nur unter Freien und Gleichen vorstellbar.

Frei und gleich aber kann Deutschland nur sein, wenn es seine Einheit und Selbstbestimmung zurückgewinnt. So wird die Forderung nach Einheit in Freiheit zum Primat seiner Außenpolitik. Gleichwohl sieht er die Einheit der Nation, die für ihn unverzichtbar bleibt, fest eingebettet in die internationale und europäische Politik, will »diese Idee nicht als nationalistisches Deutschland«, sondern als »ein gleichberechtigtes Volk im Rahmen der europäischen Notwendigkeiten« verwirklicht wissen.

Gleichberechtigung heißt sein Schlüsselwort, es steht für eine selbstverständliche sozialdemokratische Tradition, der er treu bleibt und die aus der Zeit der Jahrhundertwende stammt. Die Begriffe »Demokratie« und »Nation« suchte er miteinander zu versöhnen, wie dies in westlichen Demokratien seit langem selbstverständlich ist, die Arbeiterschaft mit dem demokratischen Staat. Jene Linken, die heute die Nation am liebsten verleugnen wollen, die 68er-Generation, die ihn deshalb als Nationalisten sieht, verkennen seinen demokratisch-antiautoritären Ansatz und verleugnen die Traditionen der eigenen Partei. In einer europäischen Union, die sich, entgegen deutschen Hoffnungen, so schnell nicht zum föderalistischen Überstaat entwickeln wird, sondern irgendwo zwischen einem Bund von Nationalstaaten und der gemeinsamen wirtschaftlichen Organisation des Ganzen angesiedelt bleibt, ist nicht das Leugnen der Nation, sondern die Aussöhnung mit dem Begriff angebracht – allerdings in einem modernen, westlichen Sinn. Nicht die Idee der homogenen, sondern jene der heterogenen Nation sollte der Maßstab sein. Für die Verweigerungshaltung jener gefühligen Linken, die Deutschland aus historisch-moralischen Gründen daran gehindert sieht, internationale Verantwortung zu übernehmen, wie die Verbündeten, die Länder Osteuropas, die Vereinten Nationen und die Dritte Welt dies erwarten, hätte er wenig Verständnis. Jene Rechten aber, die sich heute fälschlich auf ihn berufen, vergessen, daß er die eigene Nation nie über andere gestellt, sie freilich auch nicht anderen untergeordnet wissen wollte. National und nationalistisch waren für ihn unüberbrückbare Gegensätze, im Nationalismus sah er geradezu die Entartung der nationalen Idee. Demokrat bis auf die Knochen, hätte er sich den Ehrentitel »Republikaner« von den Schwarzweißroten nie stehlen lassen, als Reichbannerführer war er ja bekennender, schwarzrotgoldener Republikaner und kämpfte um die Rettung der ersten Republik. Überzeugter als die Konservativen verfocht er 1945 den Gedanken der parlamentarischen Demokratie und das westliche Wertesystem und wollte doch nicht bloßer Vasall westlicher Mächte werden. Schlechte Deutsche, sagte er einmal, müssen nicht gute Europäer sein. Lebte er heute, würde er wohl hinzufügen: Gute Deutsche müssen keine schlechten Europäer sein.

In seiner Biographie spiegelt sich ein halbes Jahrhundert deutscher Geschichte. Schumacher verstehen heißt seine Prägung durch Weimar erkennen, deren Sozialdemokratie wiederum nicht zu trennen ist von

Traditionen und Auseinandersetzungen der Vorkriegszeit. In seinem Kampf um einen demokratischen Neubau 1945 erinnert er an Generäle, die mit ihren Aufmarschplänen stets den letzten Krieg gewinnen wollen. Er hat Weimar immer als Chance begriffen, denkt in Weimarer Parallelen und knüpft mit seinem Kampf 1945 beinahe nahtlos da an, wo er ihn als »militanter Sozialist« 1933 beenden mußte. Vielleicht liegt hier einer der Gründe, die ihn schließlich scheitern ließen. Doch der Missionar der Demokratie bleibt einer der Großen des deutschen Neubeginns, den er, auf seine Weise, entscheidend mitprägen half.

Vorwort zur Neuauflage

Diese Biographie wurde Anfang der neunziger Jahre geschrieben, weil die jüngere Generation in der SPD in den Jahren 1989/90 gegen die deutsche Einheit und für den Fortbestand der Zweistaatlichkeit eintrat. Auch votierte sie – geschichtsvergessen, wie Willy Brandt zurecht beklagte – gegen Berlin als deutsche Hauptstadt und gegen den Umzug der Regierung von Bonn nach Berlin. War es da nicht an der Zeit, daran zu erinnern, daß ihre Partei nach dem Krieg als Anwalt und Vorkämpfer der deutschen Einheit groß geworden ist – und dies nicht nur unter Kurt Schumacher, sondern vor allem auch unter Willy Brandt? Die Debatten jener Jahre verstauben längst in historischen Archiven. Aber die Krise, welche die SPD seit ihrem Absturz auf die 23 Prozent im Jahr 2009 erlebt, sollte Grund zum Blick auf die eigene Geschichte sein. Selbst im Jahr des politischen Neuanfangs, bei den ersten Bundestagswahlen 1949, erzielte Kurt Schumacher immerhin 29,2 Prozent der Stimmen, und Konrad Adenauer lag mit 31 Prozent für die CDU nur knapp vor ihm. Wer bedenkt, daß in Westdeutschland das katholische Wählermilieu damals noch intakt und der SPD so gut wie verschlossen war; wer weiter in Rechnung stellt, daß die klassischen Bastionen der Sozialdemokratie in Sachsen und Thüringen für Schumacher unerreichbar blieben, weil sie in der sowjetischen Zone lagen, wo sich die Sozialdemokraten unter dem Druck der Besatzungsmacht der Zwangsvereinigung mit der KPD hatten unterwerfen müssen, der wird dieses Ergebnis nicht gering schätzen.

Heuss, Adenauer und Schumacher waren die großen Drei, die nach Diktatur, Krieg und Zusammenbruch den Deutschen in ihrer Trümmerwüste wieder demokratische Orientierung boten. Alle drei ragten aus Weimar herüber, alle drei waren vom Aufstieg und Scheitern der ersten deutschen Republik geprägt. Schumachers Charisma, seine brillante Rhetorik und seine Kämpfernote ließen ihn zum großen Volkstribun der

ersten Stunde werden; seine Absage an die Vereinigung mit einer Moskau-hörigen KP legte einen wichtigen Grundstein für die spätere Bundesrepublik und schuf die Basis für den antitotalitären Konsens, der in den ersten Jahrzehnten für ihr politisches Binnenklima bestimmend war. Aber die Konsequenz, die er aus Weimar zog, war ein betont nationaler Kurs, den seine SPD seit 1945 steuerte: Nie wieder sollten die Sozialdemokraten, die – wenn auch innerlich widerstrebend – zu den Versailler Bedingungen 1919 hatten Frieden schließen müssen, sich eine nationale Blöße geben, nie wieder durften sie als vaterlandslose Gesellen beschimpft werden. So übernimmt er, der zehn Jahre in den Konzentrationslagern der Nazis leiden mußte und sich deshalb 1945 als wahrhaft Befreiter fühlen konnte, nach dem Krieg die Rolle eines Anwalts der geschlagenen Nation. Als Kämpfer gegen Hitler tritt er den siegreichen Alliierten quasi von gleich zu gleich gegenüber, und in der Auseinandersetzung mit Adenauer verkehren sich schließlich die klassischen Weimarer Rollen von rechts und links. War es in der ersten deutschen Republik die Linke, die von rechts der Erfüllungspolitik bezichtigt wurde, ist es in der jungen Bundesrepublik der eher rechte Adenauer, der von dem Linken Schumacher als »Kanzler der Alliierten« angeprangert wird.

Heute gilt der Wiederbegründer der SPD Historikern, aber auch vielen Sozialdemokraten als der Mann, der seine Partei mit der vehementen Ablehnung des Schuman-Plans und seinem Kampf gegen die Westintegration auf einen lang währenden Irrweg schickte, den sie erst mit Herbert Wehners historischer Rede vom Juni 1960 im Bundestag offiziell korrigierte. In dieser Rede bekannte sich Wehner für seine Partei demonstrativ zur Westintegration und zur NATO und sagte, das geteilte Land könne unheilbar miteinander verfeindete Christliche Demokraten und Sozialdemokraten nicht ertragen. Helmut Schmidt, der Schumacher wegen der schrecklichen Leiden, die er in der Nazi-Zeit und im Ersten Weltkrieg erdulden mußte, hoch achtet und ihn als »eine wunderbar begabte, charakterlich tadellose« Person beschreibt, nennt es geradezu tragisch, daß der erste SPD-Parteichef nach dem Krieg die falsche Lehre aus der Geschichte der Weimarer Republik gezogen habe. Aber war Schumachers Hoffnung, die Sieger würden sich schließlich doch über Deutschland einig werden, wenn die Deutschen nur überzeugend genug das Ziel der Einheit allen anderen Überlegungen voranstellten, in den ersten zwei Jahren seiner Auseinandersetzung mit Adenauer wirklich völlig illusorisch? Er starb nach halbjähriger Krankheit bereits im Sommer 1952. Hätte ein Mann seines durchdringenden Verstandes aus dem

triumphalen Wahlsieg Adenauers 1953 nicht Konsequenzen für seine politische Konzeption gezogen und seinen Kurs korrigiert? Mag dies auch Spekulation sein, bleibt doch die Tatsache, daß er für den nach seinem Tod von seinem Nachfolger Ollenhauer konsequent weiter beschrittenen außenpolitischen Irrweg der Partei kaum verantwortlich zu machen ist. Ollenhauer, der so ganz von Weimar geprägte Typ des biederen, braven Parteifunktionärs, der dem Exil-Vorstand der Partei in London angehört hatte, war offenbar überfordert, die nötigen Schlüsse aus seiner Wahl Niederlage von 1953 zu ziehen und verlor – nicht zuletzt deshalb – auch die Wahlen von 1957. Die wichtigsten Impulse für eine veränderte Konzeption sozialdemokratischer Außenpolitik gingen mit Ernst Reuter und Willy Brandt von Berlin aus, das schon seiner Lage wegen eine enge Bindung an die Schutzmacht Amerika suchte und die westliche Allianz befürwortete. Zwar gab der Regierende Bürgermeister Brandt, und auch dies entsprach dem Interesse und der besonderen Lage der Stadt, die deutsche Einheit als vorrangiges Ziel nie auf, aber er wendete sich nicht gegen die europäische Integration – im Gegenteil. Von der westlichen Verflechtung versprach er sich eher einen potentiellen Verhandlungstrumpf für Viererkonferenzen zur deutschen Frage, die er bis zum Bau der Mauer immer wieder forderte.

Erste Schritte der SPD in Richtung Volkspartei waren schon unter Kurt Schumacher erfolgt. Trotz seines Festhaltens an klassischen sozialistischen Positionen, etwa der Verstaatlichung der Grundindustrie, war der erste SPD-Chef nach dem Krieg alles andere als ein doktrinärer Marxist. Er suchte die klassische Arbeiterpartei für Angestellte und Beamte zu öffnen, bezeichnete die Gewinnung des Mittelstands als die historische Aufgabe der neu gegründeten Partei, und es gelang ihm, bürgerliche Intellektuelle und Akademiker, etwa Carlo Schmid oder Karl Schiller, an die SPD zu binden. Doch der große und entscheidende Durchbruch zur Modernisierung der alten Tante SPD sollte erst im November 1959 mit dem Godesberger Programm gelingen, mit dem sich die einstige sozialistische Arbeiterpartei endgültig in eine Volkspartei verwandelte. Alte, dogmatische Vorstellungen aus der Schreckenskammer überlieferter sozialistischer Wirtschaftsvorstellungen wurden fallen gelassen. Die runderneuerte Partei bekannte sich zur Landesverteidigung, entkrampfte das Verhältnis zu den Kirchen, und mit Karl Schillers Formel »Wettbewerb so weit wie möglich, Planung so weit wie nötig« stellte sie sich endlich auf den Boden der Marktwirtschaft. Das neue Programm enthielt die Zukunftsvision nicht nur einer freieren, gerechteren Gesell-

schaft, es setzte auch unverhüllt auf den technischen Fortschritt – etwa die Atomkraft – und ließ die SPD in den Augen vieler bis dahin ferngebliebener kultureller und sozialer Schichten als die weitaus zeitgemäßere, modernere und bald auch als die jugendlichere Partei erscheinen als die regierende CDU. So wurde »Godesberg« nicht nur zu einer internationalen Chiffre für die Modernisierung einer alten Partei, es stand zudem für Aufbruch und praktischen Erfolg in der Politik. Und der stellte sich ein, sobald die Partei nicht mehr den als Wahlkämpfer wenig attraktiven Parteivorsitzenden Ollenhauer, sondern den populären und – gemessen am Patriarchen Adenauer – jugendfrisch wirkenden Regierenden Bürgermeister Willy Brandt als Kanzlerkandidaten für die Wahl 1961 nominierte. Zwar schaffte dieser nicht im ersten Anlauf den Sprung in die Regierungsverantwortung, aber er gewann so erheblich Stimmen dazu, daß der SPD mit Brandt der Ausbruch aus dem Turm der 30 Prozent gelang, in den sie sich seit 1949 eingemauert sah.

Brandts Kanzlerschaft 1969 markiert den Beginn der großen Jahre der deutschen Sozialdemokratie, und einige Historiker werten die Abwahl der CDU, die sich als einzig legitime Staatspartei der Bundesrepublik verstand, gar als eine Umgründung der Republik. Mit seiner Devise »Mehr Demokratie wagen« eröffnet Brandt eine Ära der inneren Reformen, und außenpolitisch gelingt ihm nach Osten, was Adenauer nach Westen erreichte: wenn nicht Freundschaft, so immerhin Ausgleich und Versöhnung. Seine Ostpolitik vergrößert den außenpolitischen Spielraum der Bundesrepublik beträchtlich und läßt sie, die einmal als Mündel der Westmächte begann, durch ihre Wirtschaftskraft zum *international player* werden. Was die heutigen Sozialdemokraten allerdings nicht vergessen sollten, wenn sie auf die glorreichen Jahre der Regierungen Brandt/Schmidt zurückblicken: Es waren nie Jahre einer rein sozialdemokratischen, es war stets eine sozialliberale Ära. Die Ehe mit den Liberalen hat den Sozialdemokraten schon deshalb gut getan, weil die Parteilinke, die nach dem großen Wahlsieg Brandts 1972 erstarkte und alte linke Konzepte neu entdeckte, durch das Bündnis mit den Liberalen leichter in Schach zu halten, der Platz der SPD als linke Mitte also besser zu behaupten war.

Diese sozialliberale Ära begann, als die Wirtschaft noch nicht so global verflochten war wie heute, als es noch eine wirkliche *Nationalökonomie* gab, eine D-Mark etwa, die Karl Schiller, der modernere Ludwig Erhard, floaten lassen konnte und eine Konjunktur, die sich noch weitgehend national steuern ließ. Es ist diese Zeit der Schillerschen Wirt-

schaftspolitik, an welche die Linke mit Lafontaine sehnsüchtig zurückdenkt und die ihm heute noch Modell steht für eine – freilich nun antiquierte – linke Wirtschaftspolitik. Aber diese Jahre waren noch vom großen Aufschwung getragen, der nach dem Zweiten Weltkrieg begonnen hatte und mit stetig steigender Produktivität und hohem wirtschaftlichem Wachstum auch Steigerungen der Masseneinkommen möglich machte. Doch aus dem »kurzen Traum der immerwährenden Prosperität« (Burkhard Lutz), den damals viele träumten, gab es Mitte der siebziger Jahre ein jähes Erwachen. Hatten die Sozialdemokraten in der sozialliberalen Ära viele sozialpolitische Initiativen durchgesetzt, mußte schon der späte Kanzler Helmut Schmidt erkennen, daß die Belastbarkeit der Volkswirtschaft für weitere sozialpolitische Wohltaten überschritten war. Mit Schmidts Sturz durch das konstruktive Mißtrauensvotum 1982, vor allem aber mit Brandts Rücktritt vom Parteivorsitz 1987 beginnt der unaufhaltsame Abstieg der Partei, nur vermeintlich gebremst durch die Regierungszeit Gerhard Schröders. Der schnelle Wechsel an der Spitze liest sich wie eine Fieberkurve des Patienten SPD: Brandt war immerhin 24 Jahre Vorsitzender, er hatte sich damit länger im Amt gehalten als all seine Vorgänger, ausgenommen August Bebel. Doch zwischen dem Rückzug Brandts und dem jetzigen Vorsitzenden Gabriel zählt die SPD nicht weniger als neun Parteichefs, was einer Amtszeit von lediglich zweieinhalb Jahren pro Vorsitzenden entspricht. Zwei der »Enkel« Brandts, Björn Engholm und Rudolf Scharping, erreichen nicht einmal diesen Durchschnittswert. Der Wechsel beschleunigt sich zudem seit 2004, denn da folgen in nur sechs Jahren gleich sechs Vorsitzende aufeinander: Als Franz Müntefering hinwirft, kommt Matthias Platzeck; als dieser zurücktritt, rückt Kurt Beck nach; auf ihn folgt noch einmal Müntefering; bis schließlich Sigmar Gabriel nach dem Wahldesaster 2009 den – soll man sagen: Feuerstuhl? – des Vorsitzenden übernimmt.

Die heutige Partei-Misere hat viel mit Gerhard Schröder zu tun, über dessen Regierungszeit man geteilter Meinung sein mag. Doch weder Hartz IV, noch die Rente mit 67 oder die übrigen Arbeitsmarkt-Reformen der Agenda 2010 sind das eigentliche Problem. Es ehrt den dritten SPD-Kanzler der Bundesrepublik eher, daß er, auch auf die Gefahr des Scheiterns hin, sein politisches Schicksal an die – freilich spät gewonnene – Überzeugung knüpfte und Reformen durchsetzte, um die Finanzierbarkeit des Wohlfahrtsstaates unter den veränderten Bedingungen des neuen Jahrhunderts zu sichern. Es geht nicht um das, was er durchsetzte, sondern um die Frage, *wie* er es tat. Schröder war angetreten mit dem populis-

tischen Versprechen, die wenigen Reformen, zu denen sich die schwarzgelbe Vorgängerregierung gegen Ende ihrer Amtszeit schließlich hatte durchringen können, umgehend rückgängig zu machen, nach dem Motto: Wir garantieren soziale Gerechtigkeit und korrigieren Kohls Fehler – darunter auch die Einführung des demographischen Faktors in der Rentenversicherung. Zwar war nicht Gerhard Schröder, sondern der damalige Parteichef Oskar Lafontaine für die Wahlkampagne von 1998 und damit für diese Versprechen zuständig – jeder Wähler erhielt sogar eine Garantiekarte, um die Einlösung der neun wichtigsten Wahlversprechen zu überwachen. Aber es war der Kanzler Schröder, der sie umgehend in die Tat umsetzte. Ganze fünf Jahre ließ er verstreichen, bis er schließlich eingestand, daß diese Fehlerkorrektur angesichts einer rapide alternden Bevölkerung selbst ein entscheidender Fehler gewesen sei und er nun – im Rahmen seiner Agenda 2010 – das Rentenalter Schritt für Schritt auf 67 Jahre angehoben wissen wolle. Kaum ein Sachverständiger bezweifelt heute, daß mit der Schröderschen Reform-Agenda Schritte in die richtige Richtung unternommen wurden, und Erfolg ist ihr mit dem Abbau der Arbeitslosigkeit ja auch beschieden worden. Daß dem Kanzler Schröder dennoch wichtige Teile seiner Partei die Gefolgschaft versagten, hat schlicht damit zu tun, daß der Parteivorsitzende Schröder seine Partei nicht mehr verstand und die inneren Gesetze mißachtete, die sie seit mehr als einem Jahrhundert zusammenhielten.

Weil die SPD stets eine klassische Diskussions- und Diskurspartei war und bis heute ist, werden Versuche, ihr mit der Autorität eines Regierungschefs Reformen von oben einfach überzustülpen, immer auf Widerstand stoßen. Der leider viel zu früh verstorbene Peter Glotz, Vor- und Querdenker der SPD und langjähriger Bundesgeschäftsführer des Vorsitzenden Willy Brandt, kritisierte des Basta-Kanzlers Drohung, »entweder ihr billigt meine Agenda oder ihr müsst euch einen anderen suchen«, als total verfehlt »imperiale Dramaturgie«. Schröders Taktik verglich er mit einem Sturzflugmanöver, das auf dem »liebesswürdigsten Flugplatz der SPD« lebensgefährlich sei. In der Tat hätte ein Blick auf die Entstehung des Godesberger Programms die Architekten der Agenda 2010 eines Besseren belehren können. Damals reisten die für die Ausarbeitung des Programms Zuständigen – es waren der Leonhard-Nelson-Schüler Willi Eichler und der Wirtschaftspolitiker Heinrich Deist – nahezu anderthalb Jahre von Ortsverein zu Ortsverein, stellten sich der Diskussion mit den einfachen Genossen und den einflußreichen Funktionären des Mittelbaus, überzeugten die meisten und sicherten dem

programmatischen Kurswechsel damit eine satte Mehrheit. Nichts dergleichen geschah mit der geplanten Reform des Sozialsystems und des Arbeitsmarkts, obschon es reichlich Zeit für eine Werbe- und Überzeugungskampagne an der Parteibasis gegeben hätte. Denn Ansätze zu dem, was Schröder den überraschten Genossen 2003 als Bundeskanzler verkündete, waren bereits im Schröder-Blair-Papier aus dem Jahr 1999 enthalten, das die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts und den Umbau der Sozialsysteme anvisierte, um den Faktor Arbeit von den Sozialkosten zu entlasten. Von dem inzwischen zurückgetretenen Oskar Lafontaine und der Parteilinken mit dem neuen Kampfbegriff eines »neoliberalen« Sozialabbau vehement befehdet, verschwindet das Papier nach Verlusten bei den Europa- und bei Landtagswahlen aus der öffentlichen Diskussion. Aber seither geht ein Riß durch die Partei: Auf der einen Seite die Linken, die in Wahrheit Sozialstaatskonservative und Traditionalisten sind, welche den Wohlfahrtsstaat der Industriegesellschaft der siebziger und achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts mit Zähnen und Klauen verteidigen oder wieder herbeiführen wollen; auf der anderen Seite die vermeintlich neoliberalen Rechten, die in Wahrheit Reformer sind, den Sozialstaat nicht abschaffen, aber ihn zu seiner Rettung modernisieren und den Bedingungen der modernen Wissensgesellschaft anpassen wollen. Der Aufstand der Linken gegen die Agenda 2010 zwingt Schröder schließlich zu vorzeitigen Neuwahlen und kostet ihn und die SPD die Kanzlerschaft. Seither verabschiedet sich die SPD Stück für Stück von der Agenda 2010 und distanziert sich damit von einem der wenigen veritablen Erfolge, die sie seit der Ära Brandt/Schmidt vorzeigen kann. Ironischerweise ist es ausgerechnet ein »Enkel« Willy Brandts und alter SPD-Parteichef, der an dieser Entwicklung entscheidenden Anteil hat: Oskar Lafontaine, der 2005 aus der SPD austritt, einer der beiden Parteichefs der neuen Linkspartei wird und 2005 wieder in den Bundestag einzieht. Begabter Populist und Demagoge von Format, betreibt er von Linksaußen, was er beinahe zynisch als Resozialdemokratisierung der SPD bezeichnet. Als Konkurrent von links wirkt er vor allem auf die Linke in seiner alten Partei, und der Prozeß, den er in Gang gesetzt hat, wirkt auch nach seinem Rückzug ins Saarland fort. Die SPD-Linke verschiebt die innere Balance ihrer Partei immer weiter nach links und fordert die Rückkehr zu alten sozialpolitischen Konzepten. Steht am Ende dieser Entwicklung nicht nur ein enges Bündnis zwischen SPD und Linkspartei, sondern als Endziel womöglich die Vereinigung beider Parteien?

Mit Blick auf ihre eigene Geschichte sollten die Sozialdemokraten ge-

warnen sein. Auch in den frühen Weimarer Jahren hatte es – neben der Moskauerhörigen KPD – mit der USPD eine linke Abspaltung gegeben. Als es zur Vereinigung der SPD mit jener USPD-Minorität kam, die sich nicht der KPD anschließen wollte, musste die SPD, die immerhin 1,7 Millionen Mitglieder zählte, den 200 000 zu ihr stoßenden Linksabweichlern einen hohen Preis entrichten. In Görlitz hatten sich die Sozialdemokraten 1921 ein Programm gegeben, das den seit Bebels Zeiten unheilvollen Gegensatz zwischen radikaler Theorie und reformistischer Praxis beseitigte und die Republik als die »unwiderruflich gegebene Staatsform« bezeichnete. Es war ein Programm ganz nach Schumachers Geschmack – zeitgemäß für eine Partei, die zusammen mit dem Zentrum und den Demokraten der DDP die Weimarer Republik in der Nationalversammlung 1919 aus der Taufe gehoben hatte. Doch nach der Vereinigung mit der USPD, als in Heidelberg 1925 ein neues Programm beschlossen wird, gilt diese Republik plötzlich nur noch als »günstigster Boden für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse« und wird damit auf ein historisches Durchgangsstadium reduziert. Wer in Rechnung stellt, daß sich die Sozialdemokratie in Weimar zur eigentlichen Staatspartei der demokratischen Republik entwickelt und sie an ihrem bitteren Ende praktisch allein verteidigt hat, für den liest sich das einigermaßen grotesk. Doch Tatsache ist, daß sie seit der Vereinigung mit der USPD eine Fundamental- und Systemopposition in ihren Reihen birgt, deren Motto lautet: Republik, das ist nicht viel, Sozialismus ist das Ziel. In den Augen so eingefleischter bürgerlicher Demokraten wie Konrad Adenauer galt die SPD deshalb in Weimar nie als hundertprozentig zuverlässiger Anwalt der parlamentarischen Demokratie. Ohne Zweifel würde auch heute eine engere Bindung an die Linkspartei – oder gar eine Vereinigung – die Sozialdemokratie noch weiter nach links rücken lassen und die Gefahr beinhalten, daß sie zur Klientelpartei des unteren Drittels der Gesellschaft degenerierte. Sie verlöre den Anschluß an die Mitte und jenen Teil der Gesellschaft, der die Mittel für die Transfermilliarden, die an das untere Drittel gehen, überhaupt erst erwirtschaftet.

Nun stimmt, daß der beste Freund geschlagener Parteien schon immer der Verschleiß und die Fehler gewesen sind, den die Wahlsieger beim Regieren begehen. Die Wahlen vom Mai 2010 in Nordrhein-Westfalen bestätigen zwar diese alte politische Faustregel, denn nur neun Monate nach dem Absturz auf die 23 Prozent bei den letzten Bundestagswahlen scheint die SPD wieder »da« zu sein. Doch um das Ergebnis in einen Triumph umzudeuten, gibt es keinen Anlaß. Auch die SPD zählt, gemes-

sen an den Landtagswahlen von 2005, zu den Wahlverlierern. Sie steht in NRW jetzt ungefähr da, wo sie in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre einmal sehr bescheiden begonnen hat. Jede Spekulation darauf, der politische Gegner im Bund werde – selbst bei begrenzter Lernfähigkeit und dem durch die Wirtschaftskrise beengten politischen Spielraum – den Sozialdemokraten erneut ein Wahl-Geschenk wie den chaotischen Regierungsanfang von Schwarz-Gelb im Bund bescheren, wäre gefährlich, denn sie förderte Zurücklehnen, Abwarten und populistisches Taktieren. Um in den nächsten Jahrzehnten zu bestehen, braucht die Sozialdemokratie ein zweites Bad Godesberg, das sie wieder zur führenden Kraft der Erneuerung werden läßt. Das neue Programm hätte nicht nur die wirtschafts- und sozialpolitischen Leitlinien für eine Politik im Zeitalter der Globalisierung zu formulieren, es hätte auch einen glaubwürdigen Politikentwurf für Zeiten des absterbenden Nationalstaates zu bieten. Wenn immer mehr Bürger den Wahlurnen fern bleiben, hat das auch mit der Erkenntnis zu tun, daß nationale Politik gegenüber den großen, globalen wirtschaftlichen Prozessen weitgehend machtlos geworden ist, daß die Regierenden diese Prozesse nicht steuern, sondern von ihnen getrieben werden und ihre Folgen bestenfalls sozial abpuffern können – und auch das nur in begrenztem Maße, weil es oft an den nötigen Mitteln fehlt. Da ein umfassendes, krisensicheres Regelwerk für ein globales Finanzsystem enge internationale und weltweite Kooperation voraussetzt, zu der es wegen unterschiedlicher Interessen der großen Wirtschaftsblöcke und -nationen so schnell nicht kommen wird, müsste es gelingen, wenigstens für Europa gemeinsame Lösungen zu finden. Doch heute sitzen die deutschen und die Bürger der anderen Nationen im riesigen Wartesaal des politisch unvollendeten europäischen Kontinents: Man weiß, woher man kommt, alle spüren schmerzhaft, daß der traditionelle Nationalstaat nicht mehr die Kraft hat, die drängenden Probleme allein zu lösen; aber der Ausgang aus dem Saal führt zur Zeit nicht in eine helle, klare Zukunft. Denn die europäische Ordnung, welche die aufgerissene Lücke füllen könnte, gibt es bis heute nur unvollkommen. Das gilt auch für die Bildung europäischer Parteien oder Fraktionen im Europa-Parlament, wo beispielsweise die progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten, der die deutschen Sozialdemokraten angehören, außerordentlich heterogene Kräfte in sich vereinigt.

Ein neues Godesberg, das die Schwäche und Unvollkommenheiten nationalstaatlicher Konzepte am Anfang des 21. Jahrhunderts eingesteht, das auf europäische Lösungen drängt und einen europäischen Entwurf

anböte, schriebe nur die internationale Tradition der Sozialdemokraten fort. Schon in ihrem Heidelberger Programm hatte sie sich 1925 zu den Vereinigten Staaten von Europa bekannt und sah sich wegen dieser programmatischen Zukunftsvision immer wieder von rechts angegriffen. Auch Kurt Schumacher war ja kein Gegner von Europa – ganz im Gegenteil. Wenn er gegen Adenauers Politik Front machte und die Christdemokraten verächtlich »Neoeuropäer« nannte, dann nur, weil für ihn ein europäischer Staatenbund nur unter gleichberechtigten, voll souveränen Partnern und bei gleicher Aufgabe von Souveränitätsrechten aller Beteiligten denkbar war. Solange die Alliierten sich die Kontrolle über Deutschland vorbehielten, solange vor allem die französische Politik das Saarland als reparationspolitisches Faustpfand betrachtete und seinem Saar-Protectorat auch noch Sitz und Stimme in Europa geben wollte, sah er diese Voraussetzungen nicht gegeben. Inzwischen sind alle seine Bedingungen seit Jahrzehnten erfüllt, zumal nach der Vereinigung von 1990 das ganze Deutschland Teil der Europäischen Union geworden ist. Aber die wichtigste Aufgabe, eine für alle Mitglieder verbindliche gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik – ist bis heute ungelöst. Die gegenwärtige Eurokrise zeigt, daß zumindest die Länder der Euro-Zone so etwas wie eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzregierung brauchen – wie immer man sie dann auch nennen mag. Doch wird, damit es sie geben kann, für alle Mitglieder erneut Verzicht auf tradierte nationale Verhaltensweisen nötig: Die einen müssen sich an eine straffere Haushaltsdisziplin gewöhnen, die Deutschen an die Tatsache, daß sie ihr bisher erfolgreiches Modell des Wirtschaftens allen anderen wohl kaum aufzwingen können und sie deshalb Abstriche machen müssen. Für die wichtigsten innenpolitischen Sektoren – Renten-, Steuer-, Gesundheits- und Finanzpolitik – wird diese Entwicklung nicht ohne ernste Konsequenzen bleiben. Ein neues Bad Godesberg müßte deshalb Leitlinien entwerfen, die diesen Prozeß transparent machen und aufzeigen, wie Politik ihn steuern kann.

Eine Modernisierung durch ein zweites Godesberg sollte auch die Öffnung der Partei für Sympathisanten bringen, um sie aus dem Griff der Betonköpfe und Ochsentour-Funktionäre zu befreien. Modell könnten die Wählerinitiativen aus der Zeit der kampfumtosten Ostverträge stehen, nur methodisch ausgebaut: Warum sollten die künftigen Wähler bei der Aufstellung von Kandidaten etwa nicht mitreden dürfen und somit helfen, auch Quereinsteigern den Weg zu ebnen? Auch der immer wieder strapazierte Begriff der sozialen Gerechtigkeit bedürfte einer neuen

Justierung, damit klar und einsehbar wird, was soziale Gerechtigkeit unter den veränderten Bedingungen von Wirtschaft und Gesellschaft vor allem für die Generationen heute bedeutet. Wenn stimmt, daß Vollbeschäftigung ein Traum von gestern ist und die neue Wissensgesellschaft den Ausschluß vieler aus der modernen Arbeitswelt bedeutet, dann werden wir »auf Dauer mit einer neu zusammengesetzten Unterklasse« leben müssen, die »wissensintensive Jobs entweder nicht bekommt oder, wegen der stark verdichteten Arbeit, nicht will« (Peter Glotz). Gerade deshalb aber müßte die SPD auf eine Politik eingeschworen werden, welche die Leistungsfähigkeit der Unternehmen stärkt – etwa durch niedrige Unternehmenssteuern und durch Senkung der Lohnnebenkosten. Globalisierung bedeutet immer schärferen, ja gnadenlosen Wettbewerb, und nur, wenn die deutschen Unternehmen sich darin behaupten können, wird der Staat auch über die Mittel verfügen, welche für den Sozialtransfer zum unteren Drittel der Gesellschaft notwendig sind, dem sich die SPD aus Tradition solidarisch verbunden weiß. Gerade deshalb darf sie die Leistungsträger, vor allem jene »Wissensarbeiter« nicht verschrecken, die unsere Gesellschaft braucht, wenn sie die Folgen der Überalterung durch Innovationen und Erhöhung der Produktivität überwinden will. Daß Partner für einen solchen Kurs einer erneuerten Volkspartei SPD nie die Linkspartei, wohl aber die Grünen und die Liberalen sein könnten, steht außer Frage. Wenn die SPD nicht zur linken Klientelpartei verkommen will, muß sie wohl oder übel an ihre besten Zeiten der Ära Brandt/Schmidt anknüpfen – und diese wären ohne die Bündnisfähigkeit der SPD mit liberalen Kräften undenkbar gewesen.

Berlin, im Juni 2010

Zwischen Kloster und Kaserne: Jugend im westpreußischen Grenzland 1895–1915

Noch heute ist viel von dem Charme zu spüren, den sein »liebes altes Nest«, die preußische Kleinstadt am großen Weichselknie, um die Jahrhundertwende einmal gehabt haben muß. Von den Kriegen verschont, bietet Culm mit Backsteinkirchen und gotischen Klöstern, spitzen Giebeln und alten Türmen viele mittelalterliche Reize. Die langen Wehrmauern und das Brama Grudziadska, einst Graudenzer Tor genannt, haben noch ihre ursprüngliche gotische Gestalt, und der quadratische Marktplatz erinnert an die Zeit, als Hermann von Salza mit päpstlichem Segen und im Auftrag des polnischen Herzogs von Masowien die heidnischen Pruzzen mit dem Schwert zum Christentum bekehrte. Den Anfang dazu machte er im Culmer Land, weshalb Culm, genau besehen, als die Keimzelle Preußens gelten kann, das ja aus dem Staat der Ordensritter hervorging und lange Zeit ebenso germanisch wie slawisch geprägt war. Selbst das deutsche Wort Culm kommt aus dem Altslawischen, wo es soviel wie Hügel oder Kuppe bedeutet – und eben auf einer Anhöhe auf dem rechten Weichselufer errichtet der Orden 1231 als seine erste befestigte Siedlung Culm, die lange Zeit als Oberhof für Teile der westpreußischen Städte dient.

Wer in Kurt Schumacher also vor allem den protestantischen Preußen sieht, der das große Duell um die Führung der zweiten deutschen Republik mit dem katholischen Rheinländer Konrad Adenauer ausfechten wird, mag sich durch die Geschichte bestätigt fühlen. Grenzländer sind beide, doch in der Heimat des einen blickt man eher zu den westlichen Nachbarn hin, nach Frankreich, dem Entstehungsland von Bourgeoisie und Demokratie; Preußen wird eher als heidnisch-protestantische Macht empfunden, welche sich die blühenden Lande am Rhein 1815 unterwarf. In der Heimat des anderen gilt der Staat der Hohenzollern vor allem als Garant gegen östliche Despotie, die wenige Kilometer von Culm entfernt im Zarenreich herrscht. Am

Rhein betont man Preußens negative und militaristische Seiten, an der Weichsel, wo man sich russischer Rückständigkeit gegenüber sieht, eher die positiven – jene aufgeklärten und toleranten Züge also, über die es zweifellos auch verfügt und von denen manche bis auf die preußischen Wurzeln im mittelalterlichen Kolonialstaat der Ritter zurückgehen.

Gaben sich die Baumeister des Ordens im dreizehnten Jahrhundert nicht avantgardistisch-rational, als sie planvoll zu Werke gingen und die Gassen und Plätze Culms schachbrettförmig anlegten? Über Jahrhunderte standen die Städte an den großen Strömen im Osten im Brennpunkt dynastischer Kämpfe und Volkstums-Auseinandersetzungen zwischen Slawen und Germanen. Man sagt den Nachfahren der deutschen Ost-Kolonisatoren nach, dies habe ihren Charakter geprägt – sie seien selbstbewußt und unbeugsam, aufrichtig und hartnäckig. Es sind Eigenschaften, die sich alle bei Kurt Schumacher finden.

Deutsch wie polnisch ist sein Geburtsort geprägt – eben Grenzlandstadt, die mehrfach die Herren wechselt, einmal Culm und dann wieder Chelmno heißt. Mit dem Verfall des Ordensstaates kommt sie 1446 an Polen, mit der ersten polnischen Teilung wird sie 1772 preußisch, der Vertrag von Versailles schlägt sie mitsamt dem größten Teil Westpreußens wieder dem neugegründeten Polen zu. Den evangelischen Friedhof, auf dem die Gräber von Schumachers Vorfahren lagen, haben die Polen eingeebnet; aber im Stadtbild finden sich viele Spuren aus der jüngsten deutschen Zeit.

Wo heute der polnische Bürgermeister amtiert, residierte einst der königlich-preußische Landrat – in einem Gebäude unverkennbar wilhelminischen Einheitsstils, wie er bei Behördenbauten der Jahrhundertwende vom Rhein bis an die Weichsel immer wieder zu finden ist. Unverwechselbar preußisch auch die Kasernen, die heute von der polnischen Armee genutzt werden. Vor dem Ersten Weltkrieg lagen dort ein Jägerbataillon und eine Maschinengewehr-Abteilung. Und noch früher gab es auch eine Kadettenanstalt, in der Graf Albrecht von Roon, der spätere preußische Kriegsminister und Mitstreiter Bismarcks, seinen ersten Schliff erhielt. In der Garnisonkirche aus Backstein werden inzwischen zwar prunkvolle römisch-katholische Messen zelebriert, aber der schmucklos-spartanische Bau im Stil des 19. Jahrhunderts ist der Inbegriff preußisch-protestantischer Nüchternheit.



*Kurt Schumachers Geburtsort Culm an der
Jahrhundertwende: Die westpreußische Grenzlandstadt an
der Weichsel wechselte mehrfach die Herren. Im Rathaus
von Chelmno (oben), wo heute der polnische
Bürgermeister amtiert, residierte einst der königlich-
preußische Landrat.*



Eine Tafel der Friedrich-Ebert-Stiftung erinnert heute daran, daß in der damaligen Heiliggeiststraße 12 dem Kaufmann Carl Schumacher am 13. Oktober 1895 ein Sohn geboren wurde, der nach 1945 dann die traditionsreiche Sozialdemokratische Partei Deutschlands von Hannover aus wieder aufbauen sollte. Er erhält die Namen Curt, Ernst und Carl; damit bei Abkürzungen eine Verwechslung mit dem Vater ausgeschlossen bleibt, ersetzt Curt später das C in seinem Rufnamen durch ein K und wird damit zu Kurt. Die Welt von gestern, in die der junge Bürger des beschaulichen Culm hineingeboren wird, soll nach dem großen Krieg einmal das goldene Zeitalter der Sicherheit heißen, und in der Tat scheint sie auf den ersten Blick fest gefügt.

Als Kurt Schumacher das Licht der Welt erblickt, ist Deutschland die mächtigste Militärmacht auf dem europäischen Kontinent, und die Erinnerung an den deutsch-französischen Krieg, der ein knappes Vierteljahrhundert zurückliegt, scheint noch überall präsent. Die *Culmer Zeitung*, ein Kreisblatt mit sechstausend Abonnenten, das im Titel den preußischen Adler mit dem deutschen Stadtwappen – einem Ordensritter mit Wimpel zu Pferde – zeigt, meldet an diesem Sonntag, dem Geburtstag Schumachers, daß die Vereidigung der Rekruten des Gardekorps in Gegenwart des Kaisers noch im Oktober stattfinden solle. Es kämen dafür der Gedenktag der Übergabe von Metz am 27. Oktober 1870 oder aber der 30. Oktober desselben Jahres in Frage – ein Tag, an dem die 2. Gardedivision sich bei der Erstürmung von Le Bourget besonders ausgezeichnet habe.

Das Geburtsjahr 1895 ist voller Widersprüche. Da werden wichtige Schritte zur Moderne getan – so in Würzburg, wo Konrad Röntgen die nach ihm benannten Strahlen entdeckt; in Wien, wo Sigmund Freud erste psychoanalytische Schriften veröffentlicht; oder gar in den USA, wo Frederick Taylor seine Arbeitslehre vorlegt, welche die Planung der Produktion von ihrer Ausführung trennt und die richtungweisend werden soll für die Fabrikarbeit in aller Welt.

Und doch sitzen die europäischen Monarchen vermeintlich unerschütterlich auf ihren Thronen. Seit 1837 regiert in England jene Queen Victoria, die einem ganzen Zeitalter ihren Namen gibt – dem der industriellen Revolution, auf der unser moderner Lebensstandard gründet, wie dem des Kolonialismus und Imperialismus, der in die modernen Kriege der Massenvernichtung münden wird. Victorias Flotte beherrscht die Meere; in ihrem Reich, das ein Viertel der Erdoberfläche umfaßt, geht die Sonne nicht unter. In Afrika führt Ita-

lien Krieg gegen Kaiser Menelik und sucht Abessinien zu unterwerfen. In Fernost kämpft Japan mit China um Korea. In der Karibik versuchen spanische Militärs vergeblich, kubanische Aufständische niederzuwerfen, die schon bald die USA zu Bündnispartnern haben werden.

Noch liegt Europa in Frieden, doch schon deuten sich künftige Konflikte an. Victorias unberechenbarer, sporenklirrender und großmäuliger Enkel Wilhelm II., halber Engländer durch Geburt, wünscht nichts sehnlicher, als es an Weltgeltung den britischen Verwandten gleichzutun. Er eröffnet den nach ihm benannten Nord-Ostsee-Kanal, der unerläßlich ist für die unselige deutsche Flottenrüstung. Sie treibt die Briten nicht ganz zwei Jahrzehnte später in einen Krieg, in dem das wilhelminische Reich untergehen wird. Bismarck, der Gründer dieses Reichs, feiert im Sachsenwald bei Hamburg seinen 80. Geburtstag – fünf Jahre nach der Nichterneuerung seines Rückversicherungsvertrags mit Rußland, durch den er, der stets von der *cauchemar des coalitions*, vom Alptraum der Bündnisse Geplagte, Deutschland einen Zweifrontenkrieg ersparen wollte.

In Petersburg regiert Nikolaus II. ganz in der Tradition russischer Autokratie und lehnt jede Forderung nach einer Verfassung ab. Der junge Wladimir Iljitsch Uljanow, genannt Lenin, der mit Júlij Martow die erste russische sozialdemokratische Organisation gegründet hat, wird verhaftet und nach Sibirien verbannt. Frankreich stützt Rußland, wo es nur kann; seit drei Jahren ist die zunächst als Defensivbündnis gegen Deutschland und Österreich gedachte französisch-russische Militärkonvention in Kraft. Um die französisch-russische Koalition zu festigen, wird jetzt französisches Kapital für den Bau der sibirischen Eisenbahn bereitgestellt.

Schon 47 Jahre währt das Regiment Franz Josephs I. in Wien. Der greise Kaiser verweigert jeden Kontakt zu moderner Technik. Es gibt kein Telefon in seinem Arbeitszimmer, und Auto fährt er nie. Bei Hofe gilt noch immer die archaisch-steife spanische Etikette, nach der niemand vorgelassen wird, der nicht über mindestens sechzehn adlige Ahnen verfügt. Der heitere Glanz der Belle Epoque und des Fin de siècle gaukeln vor, Österreich sei noch Großmacht; dabei kann es längst nicht mehr mit dem eigenen, sondern nur noch mit dem deutschen Säbel rasseln. Doch die Deutschen werden sie, bei Strafe ihres eigenen Untergangs, auch noch dazu ermuntern.

In Schumachers Geburtsjahr beginnt Käthe Kollwitz ihren Weber-

zyklus, sie gibt damit sozialen Konflikten Ausdruck, die sich aufstauen und bald zu revolutionärer Entladung drängen. Die Vorlage, Gerhart Hauptmanns Drama »Die Weber«, ist zwei Jahre zuvor vom Berliner Polizeipräsidenten mit dem Bemerkten verboten worden: »Die ganze Richtung paßt uns nicht.« Friedrich Engels, einer der Propheten der proletarischen Revolution, wird in England zu Grabe getragen. Im 9. Deutschen Reichstag sitzen bereits 44 Sozialdemokraten, die bei den Wahlen 1893 ein knappes Viertel aller Stimmen erobert haben. Wilhelm II. nennt sie eine »Rotte von Menschen, nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen«. Sie werden geführt vom »Arbeiterkaiser« August Bebel, der nicht müde wird, den großen Kladderadatsch, den unvermeidlichen, mit absoluter Sicherheit bevorstehenden Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft, zu verkünden.

Die Stadt Culm, die weitgehend vom Handel mit der bäuerlichen Umgebung lebt, zählt damals 11000 Einwohner, von denen etwas mehr als die Hälfte Polnisch, 4300 Deutsch als Muttersprache angeben; die Religionsstatistik weist 238 Juden aus. Wie viele bedeutende sozialistische Führer, stammt auch Kurt Schumacher aus alles anderen denn proletarischen Verhältnissen. Die Familie ist protestantisch, wie fast alle Deutschen in Culm. Großvater Carl, der Sohn eines Grenzgendarmen, kam aus Ihlewitz bei Eisleben, der Geburtsstadt Luthers, als »Glazermeister« an die Weichsel. 1848 wird er in Culm verurteilt, erhält nach Zahlung von einigen Talern Stimm- und Bürgerrechte und heiratet die Culmer Bürgerstochter Katharina Witt.

Beider Sohn, Kurts Vater Carl Schumacher, ist ursprünglich Versicherungsbeamter, macht sich dann als Kaufmann selbständig und handelt mit Getreide und Agrarbedarf. Er zählt zu jenen 73 wohlhabenden Bürgern der Stadt, die auf der Liste der stimmfähigen Bürger des Jahres 1911 in der ersten Abteilung geführt werden und den höchsten Steuersatz entrichten müssen. Sein Name steht hier neben denen von Apothekern und Drogisten, Rechtsanwälten und Fabrikanten sowie mittelständischen Kleinunternehmern wie Maurer- und Zimmermeistern. Vater Carl ist also einer der Honoratioren der Stadt – viele Jahre Stadtverordnetenvorsteher, Mitglied des Sparkassenkuratoriums, der Schuldeputation und auch der Ökonomie-Deputation. 1911 vertritt er Culm zusammen mit dem Bürgermeister auf dem westpreußischen Städtetag in Danzig.

Auch Kurts Mutter Gertrud, geborene Meseck, kommt aus dem Bürgertum. Sie ist die Tochter eines Zimmermeisters, der aus der Dan-

ziger Gegend nach Culm gezogen ist und der es versteht, seine Werkstatt im Laufe der Jahre in ein erfolgreiches Kleinunternehmen zu verwandeln.

Im Hause der Schumachers gibt es eine polnische Amme, zwei Dienstmädchen, ein Hausmädchen und eine Köchin. Die Familie wohnt in einer geräumigen Etagenwohnung mit sechs Zimmern und besitzt sehr früh schon ein Telefon mit der Rufnummer 12. Im Sommer packt man die Koffer und fährt nach Zoppot, einem eleganten Seebad an der Ostsee, wo ein Haus gemietet wird. Man lebt nicht luxuriös, aber doch in behäbigem, selbstverständlichem Wohlstand.

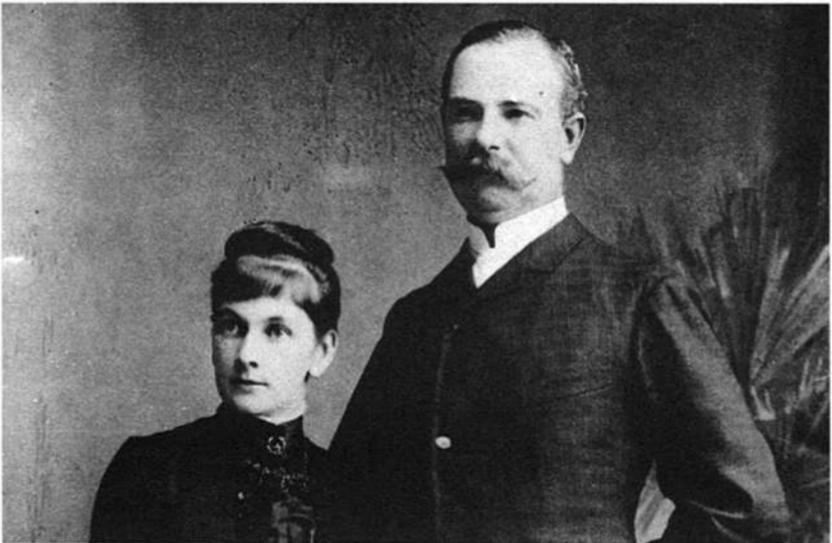
Gewiß, Kurt wächst nicht mit dem sprichwörtlichen Silberlöffel im Mund auf, aber Vater Carl hatte aus Freude über die Geburt des sehnlichst erwarteten, einzigen Sohnes doch Goldmünzen und Glücksbringer in die Wiege werfen können. Sein Sohn verbringt eine sorglose, behütete Jugend im gutbürgerlichen Milieu seiner Zeit – 1896 wird er getauft, 1911 konfirmiert, 1913 nimmt er den damals obligaten Tanzstundenunterricht im Culmer Hof, einem heute abgebrannten Hotel am Markt. Die proletarische Not der Mietskasernen, der Hinterhöfe und der Außentoiletten, die unbeschreibliche Armut in den Katen der Landarbeiter auf den großen ostelbischen Gütern bleiben ihm erspart.

Er wächst in einer feminin bestimmten Atmosphäre auf. Der Vater, von dem er den hochaufgeschossenen, schlanken Wuchs erbt, ist viel außer Haus. Drei Schwestern, alle älter als er – Hedwig neun, Lotte sieben und Elisabeth vier Jahre –, verwöhnen das Nesthäkchen. Mutter Gertrud, eine schöne, intelligente und sehr spontane Frau, nimmt den einzigen Sohn gegen die fordernde Strenge, die Carl Schumacher bei der Erziehung walten läßt, stets in Schutz. Weil das zaristische Rußland im Grenzland zum Osten der Inbegriff autoritärer Herrschaft ist, nennt Kurt den Vater spöttisch »die russische Regierung«.

Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, aber auch Höflichkeit werden ihm eingetrichtert, bis sie ihm in Fleisch und Blut übergehen. Sein Leben lang hält er Termine auf die Minute ein. Eine Episode, die er Annetta Renger, der Lebensgefährtin seiner späten Jahre, erzählt hat, bezeugt den pädagogischen Stil daheim. Die Schumachers hatten Pferd und Wagen und einen Kutscher, den der Junge nicht grüßen wollte, weil er meinte, zuvor sei es an diesem, dem Herrensohn den Gruß zu entbieten. Vom Vater erhielt er daraufhin eine Predigt, die für das ganze Leben reichte. Sohn Kurt wird so zu jenem ungeheuer höflichen Menschen, der Wert auf gute Umgangsformen legt – ein



Der Schüler Kurt Schumacher wächst mit den Eltern (unten) und den drei älteren Schwestern in einer intakten Familie auf. Seine Mutter Gertrud nimmt ihn gegen die fordernde Strenge seines Vaters Carl (»die russische Regierung«) stets in Schutz.



Herr und nicht ein Kumpel selbst in der Partei der kleinen Leute, die er einmal führen wird.

1993, bei einem Besuch in Chelmno, fand sich noch eine Culmerin, die einmal bei den Schumachers war und dabei ein wenig von der preußisch-nüchternen Strenge spürte, die im Hause herrschte: Bronislawa Zawitowska, Jahrgang 1902. Die Schumachers sind längst von der Heiligeist- in die Franziskanerstraße umgezogen, und die Schülerin Zawitowska kommt, um sich bei ihrer Lehrerin, Kurts ältester Schwester Hedwig, zu entschuldigen, weil sie ihre Hausaufgaben nicht erledigt hat. Sie macht einen artigen Knicks, leistet Abbitte, und die Lehrerin ermahnt sie, künftig fleißiger zu sein.

Hedwig Schumacher unterrichtet am städtischen Lyzeum in Culm Englisch und Deutsch und hat, so ihre damalige Schülerin, in beiden Fächern »sehr viel verlangt«. Ein Lehrer verdient damals nicht viel: Ihr Jahresgehalt beträgt 1600 Mark zuzüglich 390 Mark Wohnungsgeld. Sie wird bis zum Frühjahr 1920 am Lyzeum unterrichten und dann gekündigt werden. Denn Culm wird mit dem Friedensvertrag von Versailles wieder Chelmno. Hedwig unterrichtet später im pomerschen Swinemünde und erhält, wie Carola Stern schreibt, wegen ihres Bruders nach 1933 berufliche Schwierigkeiten: Weil Kurt Schumacher als gefährlicher Regimefeind gilt, darf sie nicht mehr am Lyzeum, sondern nur noch an Volksschulen tätig sein. Die Älteste eine Lehrerin, die beiden anderen Schwestern mit Pädagogen verheiratet, Kurt selbst ein Akademiker – bei den Schumachers, die sich aus dem Handwerkerstand ins gehobene Bürgertum vorgearbeitet haben, schreibt man Bildung groß.

Später wird sich zeigen, daß sie eine beneidenswert intakte Familie sind. Solidarität ist selbstverständliche Tugend, selbstlos hilft einer dem anderen in schwerer Zeit. Für die mittlere Schwester Lotte spielt er als Schüler den *postillon d'amour* zu ihrem späteren Ehemann Leo Trinkwalter, einem seiner Lehrer auf dem Gymnasium. Trinkwalter ist gebürtiger Franke und unterrichtet Physik und Chemie. Im Herbst 1914 – die Trinkwalters sind inzwischen nach Bromberg gezogen – umsorgt Lotte den schwerverwundeten Bruder, als dieser nach der Amputation des Arms in ein Lazarett nach Bromberg kommt. Dreißig Jahre später nimmt sie Kurt, der als physisches Wrack aus dem KZ Dachau nach Hannover entlassen wird, in ihrer Wohnung in der Memelstraße in Hannover auf, obschon Leo Trinkwalter inzwischen Mitglied der NSDAP geworden ist und zu den politischen Gegnern

des Bruders zählt. Schwester Elisabeth spart sich für den magenkranken Kurt Milchmarken vom Munde ab und schickt Lebensmittelpakete aus Göttingen nach Hannover.

Zur Mutter, die er »liebe alte Dame« oder »meine Trude« nennt, hat er zeit seines Lebens ein besonders enges, herzliches Verhältnis. Selbst im Konzentrationslager gilt ihr seine Sorge: Weil er ihr kein selbstverdientes Geld mehr zukommen lassen kann, veranlaßt er, daß sie seine Invaliditätsrente erhält, die ihm in Dachau ohnehin nie ausbezahlt würde. Bis Frühjahr 1933 hat Kurt von seinem kargen Redakteursgehalt in Stuttgart, später von seinen Reichstagsdiäten und Honoraren erst beide Eltern, nach dem Tod des Vaters 1928 dann die Mutter unterstützt. Und Frau Gertrud Schumacher ist ebenso unermüdlich wie vergebens bemüht, ihn durch Eingaben bei nationalsozialistischen Dienststellen frei zu bekommen.

Culm um die Jahrhundertwende: Man geht sonntags am Ufer der Weichsel spazieren oder fährt in eine der Forstwirtschaften in den Wäldern der Umgebung, die sich in der *Culmer Zeitung* empfiehlt. Ein Blick in den Anzeigenteil spiegelt den Alltag von damals wider: Das Culmer Theater wirbt für Gastaufführungen, meist Operetten oder Volksstücke wie »Das Jägerliebchen«. Hausmittel werden angepriesen: gegen Husten, Heiserkeit und Asthma Honig-Rettich-Drops, Spitzwegerich-Drops und Zwiebel-Drops; als Wohltat bei nassem Wetter Wagners Einlegesohlen aus Badeschwamm. Gegen rheumatische Zahnschmerzen sollen nasse Strümpfe helfen – aber Achtung: beide Füße müssen eingepackt sein, denn »höchst schädlich ist es, bei einseitigem Zahnschmerz nur einen nassen Strumpf anzuwenden«.

Eine perfekte Köchin sucht ein Engagement und bevorzugt gebildete Herrschaften – wahrscheinlich, weil nur Bildung die Wertschätzung einer wirklich guten Küche erlaubt. Schwanengänsefedern, bestens gereinigt, sehr zart, nur kleine Federn, das Pfund für 2 Mark, hat stets abzugeben der Lehrer Kron aus Alt-Reetz im Oderbruch. Der Zahntechniker Niekilewski aus der Graudenzer Straße 31 arbeitet schlechtsitzende Gebisse um und bietet Plomben in Gold, Silber und Emaille an.

Und immer wieder jene Vaterlandsbegeisterung, die direkt hinein führen wird in den großen Krieg. Der Vorstand des Deutschen Patrioten-Bundes zur Errichtung des Völkerschlachtdenkmals bei Leipzig bittet um Spenden mit dem Aufruf: »Deutsches Volk, Du glücklicher Erbe aller der gewaltigen Errungenschaften aus den Ehren-

zeiten von 1813 und 1870, den Zeiten der Befreiung und Einigung des heißgeliebten Vaterlandes, komm und hilf in Deiner jubelnden Freude über die neuerstandene Reichsherrlichkeit auch diesen Kranz zu winden! Leipzig und Sedan – ein Gedanke!«

Vaterländische Gesinnung ist im wilhelminischen Deutschland ein vorrangiges Erziehungsziel. Das Gymnasium, das Kurt besucht, 1865 auf dem Gelände des früheren Franziskanerklosters errichtet, feiert Kaisers Geburtstag als größten Schulfesttag des Jahres. Da wird »Antigone« von Sophokles in deutscher Sprache mit Musik von Mendelssohn Bartholdy aufgeführt; es gibt patriotische Festspiele – etwa Felix Dahns »Die Schlacht von Sedan«; im Schützenhaus bringt man 1912 gar »Kolberg« von Paul Heyse auf die Bühne, und die Bläserkapelle, Gymnasiasten in roten Mützen, spielt dazu auf. An Sedantagen veranstaltet die Schule »Turnmärsche« in die Culmer Umgebung – eine Vorstufe der späteren Wehrtüchtigung. An der Enthüllung des Kriegerdenkmals auf dem Marktplatz oder der Einweihung des Bismarckturms 1909 nehmen die Schüler geschlossen teil; aller Unterricht fällt aus.

In welchem Geist damals an preußischen Schulen erzogen wird, zeigt der 57. Jahresbericht des königlichen Gymnasiums zu Culm über das Schuljahr von Ostern 1914 bis Ostern 1915. Direktor Dr. Hugo Jüttner schreibt über eine Klassenreise entlang der Weichsel: »So sahen alle die Felder und Fluren, Wiesen und Wälder unseres schönen Westpreußens im Sommersonnenschein.« »Sie sahen Stadt und Land in der heiligen, durch Recht und Gesetz wie durch stetes pflichtgetreuesten Wirken unserer Herrscher und ihrer Beamten geschaffenen und bedingten Ordnung friedlichen höchsten Glückes und höchster Blüte. Sie sahen die ganze Schönheit der Heimat. Und so sieht es im ganzen Preußen, so im ganzen Deutschland aus. Darum wissen wir, was wir im jetzigen Weltkrieg verteidigen, wofür wir Gut und Blut hingeben im Kampfe gegen beutelustige Barbaren, im Kampfe gegen Unordnung und Tyrannei.«

Kurt ist ein äußerst begabter Schüler, aber Primus wird er nie – er nutzt seine intellektuellen Fähigkeiten vor allem dazu, die Schulzeit mit dem denkbar geringsten Kraftaufwand hinter sich zu bringen. Fleiß investiert er lediglich in Fächer, die ihn selber interessieren. So bekommt er in Geschichte, Deutsch und Erdkunde die Noten »gut« oder »sehr gut«, seine Bemühungen in Latein und Griechisch, Englisch und Französisch entsprechen dem Durchschnitt mit »genügend«.

Mathematik wird im Schuljahr 1913/14 gar als mangelhaft bewertet – wie übrigens auch das Turnen. Einmal wird er nicht versetzt, und ein Sportler wird er nie – nur das Schwimmen in der Weichsel macht ihm einen Riesenspaß. Das Benehmen ist gut bis auf einen Fall, denn im Zeugnis von 1910 wird ihm ein grober Täuschungsversuch angekreidet. Die Aufmerksamkeit läßt meistens zu wünschen übrig – die Lehrer weisen ihn öfter wegen Schwatzhaftigkeit zurecht; mangelnder Fleiß in Latein und Mathematik wird mehrfach gerügt.

In dem Sechzehn- und Siebzehnjährigen wächst bald das Interesse an Gegenwartsfragen, die nicht in der Schule behandelt werden. Die Atmosphäre im Elternhaus trägt viel dazu bei. Vater Carl denkt zwar national, ist aber betont liberal gesinnt. Und die Liberalen sind scharfe Kritiker des »blauschwarzen« Blocks der Regierungsmehrheit von Konservativen und Zentrum, die seit 1879 den Reichstag beherrscht. Carl Schumacher liest täglich das liberale *Berliner Tageblatt*, das mit wilhelminischer Großspurigheit hart ins Gericht geht. Es erreicht Culm bequem noch am Erscheinungstag, denn Thorn ist täglich durch drei Schnellzüge und einen Eilzug mit Berlin verbunden. Und von Thorn nach Culm ist es mit der Weichselstädtebahn dann nur ein Katzenprung.

Wie stellt sich das Weltgeschehen dem Obersekundaner und Unterprimaner dar? In das Provinznest nahe der russischen Grenze dringen im Jahre 1912 beunruhigende Nachrichten. Das Pulverfaß Europas ist explodiert, und der erste Balkankrieg tobt, ein Wetterleuchten, von dem man erst später wissen wird, daß es die große Katastrophe von 1914 ankündigt. Serben und Bulgaren, Griechen und Montenegriner kämpfen gegen den »kranken Mann am Bosphorus« und werden dazu heftig von Rußland animiert, das den Balkan für den Panslawismus gewinnen und zu seiner Einflußsphäre machen will. Um die Beute, die von den Türken befreiten Gebiete, werden sich ein Jahr später dann Serben und Griechen mit den Bulgaren schlagen. Die Spannung zwischen den europäischen Großmächten nähert sich dem Siedepunkt. Österreich, wo im 64. Jahr seiner Herrschaft noch immer Franz Joseph I. bestimmt, ordnet eine Teilmobilmachung seiner Streitkräfte an. Zwar läßt sich dieses Mal der Krieg begrenzen, noch gehen in Europa die Lichter nicht aus, aber die großen Mächte stellen die Weichen, über die in zwei Jahren die Züge dann unaufhaltsam der großen Katastrophe entgegentrollen.

Frankreichs Außenminister Raymond Poincaré, vom Revanchege-

danken besessen, fährt 1912 zum Staatsbesuch nach Petersburg und schmiedet das Bündnis mit den Russen gegen Deutschland. Seine Reise gilt der Unterzeichnung der russisch-französischen Marinekonvention, einer Ergänzung der bald zwanzig Jahre alten russisch-französischen Militärkonvention. In Deutschland rüstet Großadmiral Tirpitz für eine deutsch-britische Entscheidungsschlacht bei Helgoland: Seine neue Flottenvorlage enthält ein Bauprogramm, das bis 1920 reicht und den Stapellauf von vier Großkampfschiffen pro Jahr vorsieht. Zwar kommt Lord Haldane, der Kriegsminister des liberalen englischen Kabinetts Asquith, nach Berlin und bietet einen Handel an: Die Deutschen sollen auf ihre Flottenvorlage verzichten, dafür will Großbritannien in einem großen Kontinentalkrieg neutral bleiben – immer vorausgesetzt, die Deutschen sind nicht selbst die Angreifer und respektieren die Neutralität Belgiens, welche London als Garantiemacht zu schützen versprach. Doch der Kaiser, der Deutschlands Zukunft bekanntlich auf dem Wasser sieht, betrachtet jeden Verzicht auf die Flottenrüstung als Akt nationaler Selbstverstümmelung. So mehren sich die Schatten des drohenden großen Krieges. Seit 41 Jahren lebt Deutschland in Frieden. Durch eigenes Verschulden wird dieser Friede jetzt zur unmittelbaren Vorkriegszeit.

Schumacher kommt in die Obersekunda, da sind die künftigen Kontrahenten in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bereits alle politisch engagiert. Konrad Adenauer, mit dem Schumacher um die Führung der Bundesrepublik kämpfen wird, ist mit 36 Jahren als Assessor und Mitglied des Zentrums erster Beigeordneter im preußischen Köln und bezieht jährlich 15000 Reichsmark Gehalt, was für die damalige Zeit ein stattlicher Betrag ist. Die Position des ersten Beigeordneten gilt als Sprungbrett; er wird es zielstrebig nutzen und gelangt schon 1917, als jüngster Oberbürgermeister Preußens, an die Spitze der größten Stadt im Rheinland. Übrigens stammt Konrad Adenauer, der Inbegriff des zivilen Bürgers, von einem Berufsmilitär ab – sein Vater, Kanzleichef einer Kölner Rechtsanwaltspraxis, schlug sich in seiner ersten Karriere als preußischer Berufs-Sergeant und »Zwölfender« gegen die Österreicher bei Königgrätz. Sein ungedienter Sohn Konrad aber wird zum Landsturm 1. Klasse überwiesen, nie Militärdienst leisten und bleibt somit persönlich vom großen Krieg verschont.

Das gilt auch für den Liberalen Theodor Heuss, gegen den Schumacher 1949 vergeblich als Bundespräsident kandidieren wird. Heuss, der Nationalökonomie studierte und 1905 promovierte, hat

im Jahre 1912 schon viele Länder bereist und wird Chefredakteur der *Neckarzeitung* in Heilbronn. Bereits als Schüler ist er Anhänger des Nationalsozialen Friedrich Naumann. Als Mitglied der Freisinnigen Vereinigung (seit 1910 Fortschrittliche Volkspartei) bewirbt er sich erfolglos um ein Mandat im Württembergischen Landtag. Ein Jahr später, 1913, übernimmt er auch die Redaktion der Zeitschrift *März*.

Otto Grotewohl, mit dem Schumacher 1945/46 die Auseinandersetzung um die Einheitspartei, den großen Kampf um Demokratie im Sozialismus, um die Freiheit der Meinung, der Rede und des Erkennens führen wird, ist 1912 schon zwei Jahre Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend, beendet seine Buchdruckerlehre in Braunschweig und tritt 1912 in die SPD ein.

Walter Ulbricht schließlich, der nach dem Krieg die Fäden für die Unterwerfung der Ostzonen-SPD und den Aufbau einer zweiten Diktatur auf deutschem Boden ziehen soll, hat 1912 seine Tischlerlehre beendet und stößt zur Sozialdemokratie. Er ist zwei Jahre älter als Schumacher, dient als Soldat und wird 1917 Mitglied des Spartakusbunds; als überzeugter Marxist-Leninist zählt er 1919 zu den Mitbegründern der Leipziger KPD. Schumacher wird ihn 1932 in Stuttgart als einen stalinistischen Apparatschik kennenlernen, der die örtlichen KP-Führer im Auftrag der Berliner KPD-Zentrale ihrer Funktionen enthebt, weil sie mit Sozialdemokraten gegen Nationalsozialisten gemeinsame Sache machten. Denn der Hauptfeind, so Ulbricht ein Jahr vor dem Ende der Weimarer Republik, sei und bleibe die Sozialdemokratie.

Noch engagiert sich Kurt Schumacher nicht politisch, aber 1912 markiert doch das Jahr, in dem die Prägung seines politischen Bewußtseins beginnt. Es wird durch die wachsenden Spannungen zwischen Deutschen und Polen in den preußischen Ostprovinzen geschärft. Auch im Gymnasium ist dieser Konflikt zu spüren, denn die meisten Klassenkameraden sind Polen, aber die alleinige Unterrichtssprache ist seit 1872 Deutsch. Nicht einmal als Fremdsprache wird Polnisch an Schumachers Schule gelehrt. 1876 wird das Deutsche in den Rang der einzig zugelassenen Sprache in allen Amtsstuben, Gerichtssälen und selbst am Fahrkartenschalter der Eisenbahn erhoben. Dabei war Preußen ursprünglich als feudaler, toleranter Vielvölkerstaat konzipiert. Als Friedrich der Große 1772 mit der ersten polnischen Teilung Westpreußen und damit die Landverbindung nach Ostpreußen gewann, machte er den neuen polnischen Untertanen zwar umgehend

die preußische Handwerksordnung zur Pflicht, aber er ließ sie zweisprachig veröffentlichen – auf Polnisch und auf Deutsch.

Erst mit der Gründung des Reiches beginnt der Prozeß der Germanisierung in den preußischen Ostprovinzen. Bismarcks Kulturkampf hat vor allem das Ziel, die polnischen Kinder in Preußen Deutsch zu unterrichten, weil er glaubt, nur so könnten aus ihnen loyale Staatsbürger des neuen Reichs werden. Der Eiserne Kanzler ist von dem Gedanken besessen, daß die katholischen Mächte, gegen die das protestantische Preußen 1866 und 1870 Krieg geführt hat – Österreich und Frankreich –, Revanche nehmen und sich dabei auf eine innerdeutsche fünfte Kolonne stützen könnten: auf die deutschen Katholiken, die ja traditionell großdeutsch-habsburgisch orientiert und damit erklärte Gegner des von ihm geschaffenen protestantisch-preußisch dominierten Kleindeutschland sind – und auf die polnischen dazu. So rücken Katholiken für ihn in den Rang von potentiellen Reichsfeinden auf, wie später die angeblich so vaterlandslosen Gesellen von der Sozialdemokratie.

Aus dem Kulturkampf erwächst im Osten schließlich ein Volkstumskampf, den Kurt Schumacher im Culm jener Tage selbst erlebt. Über die Frontstellung damals kann kein Zweifel bestehen: Die meisten Polen sind Katholiken, die katholische Geistlichkeit gibt sich polnisch-nationalistisch und oft genug antisemitisch dazu; die meisten Deutschen sind Protestanten, ihre Pastoren verfechten mit der Ehe von Thron und Altar die deutsche Politik. So bleiben als ein prägender Jugendeindruck die Parteinahme der Konfessionen und der Mißbrauch der Kanzel für die Politik. Dies mag Schumachers wütende und wahltaktisch äußerst unkluge Angriffe gegen den politischen Katholizismus nach 1945 erklären. Journalistische Beobachter wie Fritz René Allemann fühlten sich bei seinen Ausfällen gegen die katholische Kirche stets an Bismarcks maßlose Polemik gegen die Katholiken im Kulturkampf erinnert.

Im altkonservativen, keineswegs eindeutig national-deutsch bestimmten Preußen hatten die Polen und mit ihnen die katholische Kirche in den Gebieten an der Ostgrenze einen relativ großen Freiheitsspielraum genossen. Zwar träumten sie von einem unabhängigen Polen, aber die Realisierung dieses Traums schien in unerreichbarer Ferne zu liegen. In ihrer Mehrheit verstanden sie sich deshalb als preußische Staatsbürger polnischer Sprache und Kultur; im neuen Reich dagegen, das

sich als deutscher Nationalstaat begreift und nun die Politik der Eindeutschung beginnt, müssen sich viele katholische Polen plötzlich als Fremdkörper fühlen. Bismarck sah ihre Lage, empfand sogar Verständnis für sie und hielt den Konflikt dennoch für naturgegeben. Schon 1861 – er war preußischer Botschafter in Petersburg – schrieb er an seine Schwester Malwine: »Haut doch die Polen, daß sie am Leben verzagen. Ich habe alles Mitgefühl für ihre Lage. Aber wir können, wenn wir bestehen wollen, nichts anderes thun als sie ausrotten; der Wolf kann auch nicht dafür, daß er von Gott geschaffen ist, wie er ist, und man schießt ihn doch dafür todt, wenn man kann.« Natürlich dachte er als Reichskanzler nicht in den Kategorien der physischen Ausrottung wie ein halbes Jahrhundert nach ihm Hitler. Vielmehr wollte er durch gezielte Sprach-, Schul- und Ansiedlungspolitik einen Prozeß fördern, wie er in Ostpreußen und auch in Oberschlesien natürlich verlaufen war. Dort nämlich wurden »Masuren, Litauer, Kaschuben, Wenden und Oberschlesier . . . über die Staatszugehörigkeit und über den landschaftlichen Zusammenhang, z.T. auch über die Konfession hinweg Preußen und Deutsche«, wie Hans Rothfels schreibt.

Im Osten des neuen deutschen Nationalstaats konstituiert sich die Nation also nicht so sehr auf ethnischer Grundlage, sondern voluntaristisch, als Bekenntnis zum gemeinsamen Staatsverband. So wie viele Elsässer für die französische Kultur optieren, weil sie diese der deutschen überlegen glauben und sich von ihr angezogen fühlen, entscheiden sich Masuren und Kaschuben in Ostpreußen für den deutschen Kulturkreis; sie unterziehen sich, wie der polnische Historiker Buzek sagt, einer »freiwilligen Germanisierung«. Die Nation entsteht in Teilen der preußischen Ostprovinzen beinahe im Sinne Ernest Renans als tägliches Plebiszit – ein Prozeß, der beeindruckend deutlich wird, als nach dem Vertrag von Versailles Volksabstimmungen in Teilen Ostpreußens und in Oberschlesien ein überwältigendes, von den Alliierten als Beobachtern nicht erwartetes Bekenntnis zum Reich ergeben.

Im Hause Schumacher habe man ein wenig Polnisch gesprochen, weiß Fried Wesemann zu berichten, der 1952 die erste und einzige von Schumacher autorisierte Biographie geschrieben hat. Kurt Schumacher spielt mit seinen polnischen Schulkameraden Fußball, geht mit ihnen in der Weichsel schwimmen, weder er noch sein Vater kennen Animositäten gegenüber den Polen. Aber die Kontakte der Erwachsenen bleiben doch meist auf das Geschäftliche beschränkt. Zwar erhält Carl Schumacher, wie sich sein Sohn Kurt später erinnert, bei

der Wahl zum Stadtverordnetenvorsteher auch viele polnische Stimmen. Doch es ist damals nicht so sehr die Allianz zwischen Deutschen und Polen, es ist vielmehr das Bündnis zwischen Deutschen und Juden in Culm, welches dafür sorgt, daß auf der Liste der Magistratsherren von 1908 viele deutsche, einige jüdische und wenige polnische Namen zu entdecken sind. Auf das Zensus-Wahlrecht gestützt, das – im Gegensatz zum allgemeinen, gleichen Wahlrecht für den Reichstag – in allen preußischen Gemeinden und für das preußische Herrenhaus gilt, halten die wirtschaftlich tonangebenden Deutschen die politische Führung in der Stadt. Weil sie mehr Steuern zahlen, verfügen die Deutschen – im Bunde mit den Juden – in der Stadtverordnetenversammlung über mehr Stimmen als die Polen, obschon diese in der Stadt Culm zahlenmäßig einen klaren Vorsprung halten.

»Die Juden in meiner Heimat, die waren deutsch und nicht polnisch«, sagt Kurt Schumacher später auf dem Godesberger Venusberg dem Journalisten Kaufmann in dem einzig dokumentierten Interview, das auf Fragen zur Situation im Culm seiner Jugendzeit Antwort gibt. »Unsere jüdischen Mitbürger waren alle aus guten Verhältnissen und am kulturellen Leben der Deutschen sehr positiv interessiert.« In der Tat sind es Deutsche und Juden, die den Bau des Bismarckturms auf einer Anhöhe nahe der Stadt finanzieren. (Daß die Polen keinen Pfennig für ein Denkmal zu Ehren jenes Kanzlers spenden, unter dessen Regiment die Germanisierung begann, versteht sich von selbst.) Die jüdischen Gemeindemitglieder in Culm, häufig Inhaber von Porzellan- und Bekleidungsgeschäften, sprechen Deutsch, lesen Deutsch und fühlen sich als Angehörige des deutschen Kulturkreises. Als Preußen mosaikartigen Glaubens wollen sie Teil des kulturell tonangebenden deutschen Bürgertums sein und lehnen die Polen ab – eine Haltung, die auf Gegenseitigkeit beruht.

Antisemitische Äußerungen sind damals häufig in klerikalischen, nationalistischen polnischsprachigen Zeitungen zu finden. »Die deutschen Einwohner Culms, ebenso wie die anderer westpreußischer Städte, kannten keinen Antisemitismus«, schreibt Lewis J. Edinger, ein betont kritischer amerikanischer Biograph des Gründers der westdeutschen Nachkriegs-SPD. Als 1909 Hetzer aus Berlin versuchten, in Konitz nahe bei Culm eine antijüdische Bewegung durch einen Ritualmordprozeß ins Leben zu rufen, hätten die deutschen Liberalen und besonders die Bürger Culms entschieden protestiert.

Schumacher erinnert sich später, daß nichtjüdische Klassenkameraden, die als Studenten Mitglieder in den meist antisemitisch orientierten schlagenden Verbindungen und Corps geworden waren, in den Universitätsferien mit ihren früheren jüdischen Mitschülern genauso freundschaftlich Umgang pflegten wie zu jenen Zeiten, als sie noch zusammen auf der Schulbank saßen. »Viele Gegensätze« seien »durch Ironie und guten Witz ausgeglichen« worden. Kurt Schumacher, ein Liebhaber jüdischer Witze, wird später enge Freundschaft mit Juden halten. In seiner ersten Rede als Oppositionsführer im Bundestag mahnt er die Wiedergutmachung des an Juden begangenen Unrechts an, über das die Regierung kaum ein Wort verloren habe. Weil viele Mitglieder der Koalitionsparteien Adenauer in dieser Frage die Gefolgschaft versagen, kann das von der Regierung später vorgelegte Wiedergutmachungs-Gesetz im Bundestag nur mit Hilfe der Stimmen der SPD-Opposition verabschiedet werden.

Unter dem Vermerk »geheim« berichtet der königliche Landrat des Kreises Culm am 24. November 1905 an den Regierungpräsidenten in Marienwerder, daß in seiner 17jährigen Amtstätigkeit nur eines der größeren Güter des Kreises an einen Polen verkauft worden und die Transaktion ohne Mitwirkung polnischer Banken erfolgt sei. Sein Bericht belegt, daß die Regierung in Berlin alle Grundstücksgeschäfte in den Grenzprovinzen mit Argusaugen verfolgt. Denn der Volkstumskampf zwischen Deutschen und Polen ist besonders heftig entbrannt, seit die preußische Regierung 1886 die Ansiedlungskommission gegründet hat, welche deutsche Bauern anlocken soll, in Westpreußen und Posen Güter zu erwerben.

Auch dieser politische Schritt Bismarcks zielte klar darauf, den Prozeß der völligen Eindeutschung in den Grenzprovinzen voranzutreiben; doch erreicht der eiserne Kanzler, wie beim Kulturkampf, das genaue Gegenteil. Hat der Zugriff auf den polnischen Unterricht an den Schulen das polnische Nationalgefühl wacherüttelt, zur Gründung polnischer Sprachvereine geführt und die Allianz zwischen katholischer Kirche und nationalbewußten Polen erst richtig zusammengeschweißt, organisieren die Polen nun Selbsthilfe und Abwehr gegen die gezielte Ansiedlung deutscher Bauern. Wer an Deutsche verkauft, verfällt der polnischen Feme. Schließlich gehen Polen gar zum Gegenangriff über, gründen polnische Banken zum Grunderwerb und kaufen ihrerseits deutsche Güter auf.

Dabei kommt ihnen die Tatsache zugute, daß die schnell wachsen-